

Ihre Ansprechpartnerin

Anna Hansen, Geschäftsführerin
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster
Bahnhofstraße 9, 48143 Münster
(0251) 20 846 51-1
(0173) 1658369
hansen@spd-fraktion-muenster.de

Pressemitteilung

SPD: Rektor Wessels macht sich zum Wasserträger des scheiternden Oberbürgermeisters

„Langsam muss man sich fragen, ob es den Verantwortlichen rund um den Oberbürgermeister und das Rektorat noch um die musikalische (Hochschul-)Bildung und Kultur in unserer Stadt geht, oder nicht längst das eigene politische Erbe im Vordergrund steht“, reagiert Lia Kirsch, Fraktionsvorsitzende der SPD im Stadtrat, scharf auf die aktuelle Stellungnahme zur anstehenden Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbs für den Musik-Campus. „Wir sind unserer Linie treu geblieben, dass wir den vielen schönen Worten über das Campus-Projekt Zahlen und Fakten vorziehen. Genau das tun wir in einem breiten Bündnis mit dem vorliegenden Änderungsantrag“, führt Kirsch aus. Wenn OB und Rektor darauf nun in dieser Härte reagieren, sage dies mehr über deren Projektplanung aus als über die Haltung der Antragsstellenden zum Musik-Campus. „Wir sehen uns vor allem in einer Bringschuld gegenüber der Westfälischen Schule für Musik und dem städtischen Orchester. Denn hier liegt unsere Kernkompetenz als Stadt Münster“,

erklärt Ute Hagemann, die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion. Diese kommunalen Kultureinrichtungen dürfe man nicht durch langes Warten auf Entscheidung der Landesebene weiter im Regen stehen lassen. „Wir sehen alle, dass die Landesregierung gerade massiv Projekte zusammenstreicht. Niemand möchte vor dem Hintergrund bezweifeln, dass der Rektor die Musikhochschule als prioritär ansieht. Wenn aber selbst in seiner Stellungnahme kein Wort zu den 20 Mio. Landesbeteiligung am gemeinsamen Kulturbau fällt, gleicht dies einem Offenbarungseid, welche Erfolgsaussichten die Universität für den Erhalt der notwendigen Mittel sieht“, so Hagemann. „Den Wunsch des Rektors, das Projekt Musik-Campus für den Bau eines überdimensionierten Kongresssaals vorzuschieben, der 1200 Menschen fasst, können wir nicht nachvollziehen. Diese Bedarfe teilen die Musikakteure, mit denen wir in regelmäßigem Austausch stehen, nach unseren Informationen nicht.“